

## **SPÖ – Lustenau, Dr. Walter Bösch, Generaldebattenbeitrag**

Sehr geehrte Damen und Herren !

Das vorliegende Budget für das Jahr 2015 ist das letzte der derzeitigen Funktionsperiode der Gemeindevertretung.

Es erscheint daher angebracht, neben den Detailberatungen auch die längerfristigen überregionalen Entwicklungen zu erwähnen, werden doch die Gemeinden davon in immer stärkeren Maße bestimmt.

### **Wachstumsschwäche in Europa - Arbeitslosigkeit wird zum gesellschaftlichen Problem**

Seit über einem Jahr trübt sich die wirtschaftliche Situation in Europa und auch in Österreich immer weiter ein.

Dies macht sich auch in Vorarlberg in Form steigender Arbeitslosenzahlen mit finanziellen Problemen für viele Familien und auch die Haushalte der öffentlichen Hand in den kommenden Jahren deutlich bemerkbar.

Sinkende Steuereinnahmen bei gleichzeitig steigenden Sozialausgaben und Nothilfe zur Armutsbekämpfung können zum Alltag der Gemeinde gehören.

Gegen diese drohende Deflation in der europäischen Wirtschaft, die bei unseren Vorfahren zu furchtbaren gesellschaftlichen und politischen Auswirkungen führte, fordern namhafte Wirtschaftsforscher gleichzeitig eine wirksame Wachstums- und Beschäftigungspolitik.

Dabei gehe es in erster Linie um Innovations- und Bildungsführerschaft, um steigende Einkommen und die Vorreiterschaft im ökologischen Bereich.

Gerade diese letzte Aufforderung der internationalen Wirtschaftsforscher mag in gewissen Kreisen etwas ungewöhnlich klingen, zeigt aber die Notwendigkeit, die ökologischen Fragen vom Rand ins Zentrum des politischen Geschehens zu bringen.

### **Österreichische Klimapolitik - Die Realität ist ernüchternd**

240 Forscher aus 42 Institutionen kommen im österreichischen „Sachstandsbericht Klimawandel 2014“, herausgegeben von der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, zu ernüchternden und vor allem für unsere Nachkommen bedrohlichen Resultaten.

Ein Teilbereich der rund 1000 Seiten umfassenden Studie zeigt, dass in Österreich die Durchschnittstemperatur seit 1880 um 2 Grad angestiegen ist, wobei allein die Hälfte dieser Steigerung auf die letzten 20 Jahre entfällt.

Wird weiterhin nichts gegen die Steigerung der CO<sub>2</sub>-Belastung unternommen, werde die Temperatur bis zum Jahre 2100 – die Zeit unserer Enkel und Urenkel - um weitere 3,5 Grad C gestiegen sein, dann aber mit katastrophalem Ergebnissen.

Die Messergebnisse zeigen, dass der Temperaturanstieg in Österreich doppelt so hoch sein wird, wie im globalen Durchschnitt.

Grund dafür ist die alpine Lage unseres Landes. Klimaveränderungen sind in höheren Lagen früher und stärker zu spüren.

Missernten, Dürre im Südosten Österreichs und mehr Regen im Westen, mehr Hitzetage aber auch neue Schädlinge werden bereits für die nächsten Jahre prognostiziert, und neben der allgemeinen Umweltsituation werden vor allem der Wintertourismus und die Landwirtschaft zu leiden haben.

In letzterem Bereich hat auch die Gemeinde sicherzustellen, dass auf ihren eigenen Grundflächen, vor allem im Bereich Gutshof Heidensand, der Grundsatz der Nachhaltigkeit und ökologischen Bewirtschaftung zur Anwendung kommt.

Ein Verantwortlicher der ungebrochen weltweit ansteigenden CO<sub>2</sub>-Belastung ist praktisch überall der Autoverkehr, dem undifferenziert immer neue Verkehrsflächen zur Verfügung gestellt werden. Immer noch besteht amtlicherseits die Forderung nach der längsten anstatt der kürzesten Autobahnverbindung zwischen der österreichischen und der Schweizer Autobahn.

Neues politisches Schweigen kann keine adäquate Antwort auf diese insgesamt negative Entwicklung sein.

### **Budget 2015 und die wesentlichen Gestaltungsaufgaben**

Der vorliegende Haushaltsentwurf für das Jahr 2015 weist einen Umfang von rund 64,2 Mio. € auf und liegt damit rund 4 % unter dem Voranschlag 2014. Dieser Rückgang des Gesamtbudgets kommt auch in den finanziellen Kennzahlen zum Ausdruck.

Eine Gegenüberstellung der laufenden Einnahmen und Ausgaben zeigt, dass sich diese in praktisch gleicher Weise wie im Vorjahr entwickelten, die laufenden Einnahmen auf rund 51,4 Mio. €, die laufenden Ausgaben auf rund 44 Mio. €.

Der Überschuss der laufenden Gebarung beträgt daher rund 7,4 Mio. € .

Er liegt damit allerdings um 19,2 % unter den Zahlen des Rechnungsabschlusses 2013 und ungefähr gleichauf mit dem Voranschlag 2014.

Die wohl wichtigste Kennzahl sind die frei verfügbaren Mittel mit dem relativ niedrigen Wert von rund 4 Mio. €. Sie liegen damit rund 38 % unter dem Ergebnis des Rechnungsabschlusses 2013.

Diese Zahl in Verbindung mit dem rückläufigen Budgetumfang deutet leider nicht auf eine dynamische Entwicklung.

Dynamisch ist hingegen die Steigerung der Ausgaben im Sozial- und Gesundheitsbereich, die neue Denkansätze erfordert.

### **Soziale Sicherheit als Belastungspaket des Landes**

Soziale Sicherheit soll die Mindestbedürfnisse des Menschen sichern, einen gesunden Lebensstandard für alle, gesunde und nachhaltige Orte der Gemeinschaft, die Möglichkeit aller Kinder, ihre Fähigkeiten zu entwickeln um damit Lebenstüchtigkeit zu erlangen.

In einer Zeit, in der bei einem erheblicher Teil der Vorarlberger Bevölkerung die Einkommen kaum die Lebenshaltungskosten decken, die Armut zunimmt und auch die Gesundheitskosten laufend steigen, ist das Sozialsystem in besonderem Maße gefragt.

Eine besondere Herausforderung stellt die Art der Finanzierung dar.

Der vom Land eingerichtete Sozialfonds erreicht inzwischen die 800 Mio.€ Grenze, und der von den Gemeinden zu tragende Anteil übersteigt inzwischen deren finanzielle Möglichkeiten.

Die Zahlungsverpflichtungen Lustenau für den Sozialfonds, den Spitalfonds und die Beiträge an die Krankenanstalten entwickelten sich wie folgt:

Rechnungsabschluss 2013 € 7,077.167

Voranschlag 2014 € 7,685.800

Voranschlag 2015 € 8,949.600

Dies stellt in den einzelnen Teilbereichen Steigerungen von 13 % bis 25 % dar.

Die Sozialausgaben der Gemeinde werden damit sogar die Investitionsquote übersteigen.

Diese Kostensteigerungen sind auf den Kostenteilungsschlüssel zwischen Land und Gemeinden zurückzuführen.

Sie sind das Ergebnis der finanziellen Rahmenbedingungen, die das Land den 96 Vorarlberger Gemeinden in einer Art patrimonialer Subordination, d.h.

Gutsherrenart, mitteilt.

Diese Regelung ist dringend im Sinne der Gemeinden zu ändern.

### **Schulden aber auch Investitionen gehen zurück**

Der Gesamtschuldenstand der Gemeinde liegt nach den vorliegenden Budgetzahlen bei 63,7 Mio. € und wird gegenüber den Zahlen des Voranschlages 2014 um 1,2 Mio. € zurückgehen.

Die Pro-Kopf-Verschuldung der Gemeinde betrug im Jahre 2014 € 2.847.- und wird sich im Jahre 2015 geringfügig auf € 2.785.- vermindern.

Denselben Trend zeigt die Investitionsquote.

Hiezu ist festzuhalten, dass neben der oben beschriebenen Daseinsvorsorge zu den zentralen Aufgaben der Gemeinde deren Weiterentwicklung und Gestaltung gehört.

In unserem Fall ist dies neben der Erfüllung weiterer Aufgaben die Gestaltung des Ortszentrums ebenso wie die Schaffung von attraktiven Bedingungen für den Bildungsstandort Lustenau.

Die Investitionstätigkeit der Gemeinde hat allerdings auch schon bessere Zeiten erlebt, wobei zu berücksichtigen ist, dass die Investitionen im Kanalbereich zurückgehen.

Die jährlichen Gesamtinvestitionen in Zahlen:

Rechnungsabschluss	2012	16,2 Mio. €
Rechnungsabschluss	2013	14,6 Mio. €
Voranschlag	2014	10,0 Mio. €
Voranschlag	2015	7,3 Mio. €

Die beiden sinkenden Budgetzahlen zeigen in eine Richtung, die auf Dauer nur schwer mit einer kraftvollen Entwicklung unserer Gemeinde in Übereinstimmung zu bringen sind. Es ist zwar ein ausgeglichenes Budget, das aber einen höheren Wachstumsimpuls durchaus vertragen hätte.

### **Zielsetzung: Nachhaltige Investitionen und sinnvolles Sparen**

Will Lustenau in dem unsicheren wirtschaftlichen Umfeld Kurs halten, die Gemeinde weiterentwickeln und auch makroökonomische Zielsetzungen - die Stärkung des wirtschaftlichen Geschehens - unterstützen, muss in der erlaubten Bandbreite zwischen Investieren und Sparen dem Mut zu nachhaltiger Gestaltung der Vorzug gegeben werden.

Mit den im März stattfindenden Gemeindewahlen werden die Karten neu gemischt. Wer auch immer wieder dabei sein wird, in der Budgetpolitik wird eine diesbezügliche Richtungsentscheidung grundsätzlich zu diskutieren und zu treffen sein.

### **Zentrumsentwicklung: „Gemeinsamer Mut zum Fortschritt“**

Bei der Ortsgestaltung im Bereich Zentrum geht es um das qualifizierte Aufholen jahrelanger Versäumnisse, vor dem Hintergrund „Stehenbleiben bedeutet Rückschritt“.

In den letzten beiden Jahren sind auf dem bislang holprigen Weg Fortschritte hinsichtlich realisierbarer Planvorstellungen entwickelt worden, die auch von sehr qualifizierten Mitarbeitern in zeitgemäßer und ansprechender moderner Form der Bevölkerung präsentiert wurden. Große Anerkennung gebührt der Architektin Marina Hämmerle für ihren engagierten Einsatz und fachlichen Hintergrund, mit dem sie mit ihrem Team Leben und positiven Geist in dieses Projekt brachte.

Die Gemeinde hat damit in diesem Bereich eine Projektentwicklung eingeleitet, die heutigen Maßstäben entspricht und durchaus in der Lage ist, auch auf bekanntermaßen schwierigem Terrain Erfolge zu erzielen.

### **Fußgängerzone als Indikator für eine moderne Gemeinde**

Die Fußgängerzone ist dabei ein wesentliches Indiz für eine nicht dem Alten verhaftete, sondern dynamische Gemeinde in der der Wohn- und Lebensqualität gesamthaft ein hoher Stellenwert zukommt.

Dazu zählen eine moderne Bibliothek mit Räumlichkeiten für literarische Veranstaltungen, aber auch weitere Seminar- und Diskussionsräume, ergänzt durch modernisierte Teile des Reichshofsaals.

Ein weiterer Aufgabenbereich muss zudem die Sicherung jugendgerechter Räumlichkeiten bilden, damit auch die jungen Mitbürgerinnen und Mitbürger in angemessener Weise in das Ortszentrum integriert werden können - möglicherweise auch ein Beispiel für gelingende Integration.

Ein Zentrumsplatz in einem angemessenen öffentlicher Raum für Konzerte, Lesungen, kulturelle Festivitäten muss neben attraktiven Geschäften und dem Wohnbereich das Gesamtensemble entscheidend bestimmen.

Das Stimmungsbild in der Bevölkerung, geprägt von der professionellen Präsentation, zeigt durchaus in diese Richtung.

Der alles entscheidende Faktor ist die geschlossene politische Unterstützung des Projekts.

Der in der heutigen Sitzung der Gemeindevertretung zur Kenntnis zu nehmende sehr ambitionierte Masterplan zur Gestaltung des Ortszentrums gibt die Leitlinie vor, anhand der die notwendigen Entscheidungen getroffen werden können.

Mit Budgetposten von rund 1 Mio. € können die nächsten Schritte für Ausschreibungen und Realisierung einzelner Baufelder sowie diverser Gestaltungsmaßnahmen eingeleitet werden.

Ein Prioritätenstatus für dieses Zentrums-Projekt muss sicherstellen, dass keine Gefährdung durch Verzögerungen entsteht und diese tatsächlich „letzte Chance“ dadurch ungenützt verstreicht.

## **Zentrum Rheindorf**

Der neue moderne Kindergarten und die neu eröffnete „Schüli“ sind kleine Ansätze, um auch das vernachlässigte Zentrum im Rheindorf zu beleben.

Im Planungsprozess befindliche Schulprojekte können diese Entwicklung fortführen. Eine Verbesserung des öffentlichen Raumes und der sozialen-, medizinischen- und Infrastruktur des täglichen Bedarfs sind zu verwirklichende künftige Wegmarken zur Entstehung eines attraktiven Raumes für die Rheindorfer Bevölkerung.

Ein wichtiger Grundstein ist auch eine schnelle Verwirklichung der andiskutierten neuen Fuß- und Radwegbrücke Unterfahr über den Rhein in die Schweiz, mit einer Revitalisierung der früheren guten Beziehungen mit den Schweizer Nachbargemeinden.

Weiters fehlen, wie im gesamten Ortsgebiet, Naturspielplätze für unsere Kinder die auch als Begegnungsorte der gesamten Bevölkerung dienen.

In diesem Zusammenhang ist auch eine möglichst rasche Verwirklichung der ökologischen Gestaltung des Rheins mit Vorland und Verbesserung der Hochwassersicherheit – das Projekt „Rhesi“ – wärmstens zu begrüßen. Damit erhält die gesamte Lustenauer Bevölkerung einen hochwertigen Naturerholungsraum zurück.

## **Lustenau als Bildungsstandort mit zahlreichen Aufgaben**

Die Positionierung als Bildungsstandort ist vor dem Hintergrund der österreichischen Realität ebenso schwierig wie notwendig.

Österreich leistet sich eines der teuersten Bildungssysteme der Welt. Die öffentliche Hand investiert jährlich € 9.000.- in jeden Schüler, das sind um € 2.000.- mehr als im internationalen Vergleich und dies nicht immer mit dem gewünschten Erfolg.

Junge Berufseinsteiger sind immer häufiger den Anforderungen der modernen Arbeitswelt nicht gewachsen und die zu frühe Trennung der Bildungswege verschärft zudem die soziale Ungleichheit.

Bildung nicht nur ein Schlagwort, sondern täglicher Auftrag zu beidseitiger Mitarbeit und auch eine Grundlage der Integration. Die Bereitschaft aller gesellschaftlichen Gruppen im Rahmen der Grundordnung das gemeinsame Leben im Lande zu gestalten, muss Grundkonsens bleiben.

## **Gesamtschule**

Die Gesamtschule aller 10-14-Jährigen ist dringend als notwendiges bildungs- und humanpolitisches Projekt einzuführen, um die frühe Trennung der Schulkinder im Alter von 10 Jahren zu vermeiden. Im Kontrast zu all den Negativa dieser frühen Trennung durch das bestehende Schulsystem für SchülerInnen, Eltern, Lehrpersonen, für Wirtschaft und persönliche Entwicklungen, wird als Positivum durch eine gemeinsame Schule der 10-14-Jährigen einem weit größeren Teil der Kinder der Weg in das weiterbestehende Oberstufengymnasium, zu anderen weiterführenden Schulen und Studiengängen erleichtert. Und dies sind wir der Gesellschaft geschuldet.

Jenseits aller ideologischen Gräben hat nun auch die Industriellenvereinigung eine Neuordnung des Schulwesens mit der Einführung der Gesamtschule als europäischen Standard gefordert.

Unsere Gesellschaft kann es sich neben den menschlichen Problemen auch aus ökonomischen Gründen nicht mehr leisten, dass eine zu große Zahl von Jugendlichen wegen schwerer Bildungsmängel kaum mehr in der Arbeitsmarkt integriert werden kann.

Teil unserer politischen Aufgabe besteht auch darin, unsere Stimme gegen nicht akzeptable Vorhaben von Land oder Bund in verschiedensten Bereichen einzubringen.

## **Frühpädagogik und neue Schulformen**

Die Gemeinden können bekanntermaßen im Schulsystem keine grundlegende Systemänderung herbeiführen, nicht zu akzeptieren ist jedoch die ungenutzte Gestaltungsmöglichkeit mittels Modellregion oder Schulversuch etc.

diesbezügliche Schritte zu setzen. Sind diese Ankündigen nun sanft entschlafen? An dieser Stelle sei auf das Tiroler Positiv-Beispiel ‚Zillertal‘ verwiesen. Sehr wohl können die Gemeinden auch die wichtige Frühpädagogik zu einem Kernpunkt ihrer Bildungspolitik machen und zudem ihre Schulgebäude auf das zweifellos kommende neue Schulsystem und dessen Bildungskonzepte ausrichten.

Unbestritten ist, dass in Kindergarten- und Schulbau in den letzten Jahren sehr viel und mit hoher Qualität investiert wurde. Ein Problem blieben allerdings die Öffnungszeiten, wobei Vorarlberg noch immer das Schlusslicht bildet und u.a. Budgetmittel des Bundes nicht in Anspruch nimmt, weil dieser die Mittelzuteilung von längeren Öffnungszeiten abhängig macht.

Im Hinblick auf den Schwerpunkt Bildung wäre der von uns geforderte Verzicht auf die Einhebung von Kindergartenbeiträgen für 4-Jährige – übrigens früher von den Grünen ebenfalls befürwortet, jedoch bei der letzten Sitzung aus neuen parteipolitischen Gründen leider nicht mehr unterstützt – ein konsequenter Schritt gewesen.

In der Frage Sanierung oder Neubau VS Rotkreuz warten wir auf den notwendigen Elan, dass dort grundsätzlich neue Lehr- und Unterrichtsformen zur Diskussion stehen.

Lustenau steht erstmals vor der Entscheidung, einen sogenannten Campus als neue Schulform zu errichten.

Eine Gemeinde, die sich explizit als Bildungsstandort definiert, wird sich aber gerade im Schulbau den zukünftigen Formen des Unterrichtswesens zuwenden müssen; und dies ohne großen Aufschub.

Die Entscheidungsfindung im Bereich VS Rotkreuz ist daher im kommenden Jahr entsprechen zu beschleunigen.

## **Integration**

Sinn gelebter Integration bedeutet, sich in einem neuen Lebensumfeld zurechtzufinden und an der positiven gesellschaftlichen Entwicklung in unserer Gemeinde unter Berücksichtigung der geltenden gesellschaftlichen und gesetzlichen Regeln aktiv teilzunehmen.

Bekanntlich umfasst dies die Anerkennung des jeweils anderen in seiner Würde. Es ist Bring- und Holschuld zugleich. Kulturelle Konzepte fördern ein gesellschaftliches Miteinander, Abweichungen stören es. Sprache bildet die Grundlage kultureller Kommunikation und auch für das alltägliche Zusammenleben in der jeweiligen Region.

Integration ist auch die Bereitschaft, sich mit dem umgebenden Sprach- und Lebensraum zu identifizieren, wobei diese Bemühungen einen beidseitigen vorurteilsfreien Zugang erfordern.

Verstärkte gegenseitige Unterstützung im schulischen, ehrenamtlichen, sozialen und Projektbereich können vermehrtes Verständnis füreinander bilden.

## **Sportbereich**

Neue Wege des Breitensports wie die Öffnung der neuen Sportanlagen für SchülerInnen und erwachsene Sportbegeisterte sowie die Unterstützung der fußballspielenden Schulkinder auch in schulischen Bereichen, sind sichtbar und sehr zu begrüßen.

Übrigens könnte eine Öffnung für die Öffentlichkeit auch bei Schulplätzen zu Synergieeffekten führen, wofür sogar eine Mitfinanzierung seitens des Landes vorgesehen ist.

Große Sorge bereitet weiterhin der Spitzensport mit seinen sehr hohen finanziellen Forderungen an die Gemeinde. Vor allem die Stadionfrage und auch die Eishallenproblematik sind über private Sponsoren und überregionale Lösungen zu entschärfen.

## **Modernisierung der Verkehrsinfrastruktur mit hochwertigen Verbindungen im öffentlichen Verkehr**

Seit den Anfängen bis zur heutigen Größe hat Lustenau seinen Charakter als „Autodorf“ beibehalten und alles möglichst autogerecht gestaltet.

Die zentrumsnahe Maria-Theresienstraße ist ein getreues Abbild.

Autos in allen Fahrtrichtungen, gefährdete mutige Radfahrer, Busse, die sich mühsam durchmanövrieren müssen und Fußgänger als abgasbelastete Randfiguren.

Es ist wie in einer Begegnungszone der besonderen Art und alles zusammen hat den Charme der Verkehrspolitik der 90-er Jahre des vorigen Jahrhunderts.

Daneben gäbe es in einer Schublade des Rathauses noch den Lustenauer Generalverkehrsplan, der seiner dereinst fernen Verwirklichung harret.

Seine Realisierung hieße u.a. leistungsfähigen öffentlichen Verkehr,

Maßnahmen zur Verkehrsverminderung, ein Netzwerk an Radwegverbindungen auch im innerörtlichen Bereich, Ausbau einer Schienenverbindung im Unteren Rheintal - d.h. direkte Straßenbahnverbindung vom Bahnhof Lustenau durch das Zentrum Lustenaus bis zum Bahnhof Dornbirn (ev. als erste Etappe bis zum Bhf. Schoren) sowie großzügige Fußgängerzone im Zentrumsbereich.

In Wien will beispielsweise nach der neu gestalteten Mariahilferstraße jeder Bezirk seine Fußgängerzone und der Anteil des motorisierten Individualverkehrs soll von 28 % auf 20% reduziert werden.

In den neuen Fußgängerzonen bewegen sich jedenfalls Tausende von Menschen und reihen sich Geschäft an Geschäft.

Beispielsweise Graz, Leoben mit seinen 8.000 Einwohnern und neuerdings auch Götzis mit dem „Garnmarkt“, Bregenz Kornmarkt etc. haben viel Augenmerk auf ihre autofreien Ortszentren gelegt, abgesehen von der größten Fußgängerzone Europas in Ljubljana mit einer Länge von über einem Kilometer mit zahlreichen Seitensträngen, Brücken, Plätzen und Grünanlagen in deren Bereich sich ein Großteil des urbanen Lebens abspielt.

## **Bahnhof Lustenau**

Wie die letzten Jahre zeigen, hat sich der Bahnhof Lustenau erfreulicherweise zu einem hoch frequentierten beliebten Knotenpunkt für SchülerInnen und erwachsene Fahrgäste entwickelt.

Die Hoffnung auf fehlenden Wind- und Regenschutz, auf eine Radwegunterführung, auf ein modernes schmuckes Bahnhofsgebäude mit Warteraum, möglichem Imbissstand und weiterer Infrastruktur möge sich bald erfüllen. Und gerade die oben angeführte Straßenbahnanbindung könnte eine wichtige moderne Ergänzung des Schienennetzes in Richtung Bregenz, Dornbirn, die Schweiz, Deutschland und speziell für Lustenau eine dringend notwendige Aufwertung im internationalen Bahnnetz und ein Verkehrs-Meilenstein sein.

## **S-18: Mitten durchs Ried oder mitten durch die Wand ?**

Man könnte auch sagen: Von Hilflosigkeit zu Hybris

Die Diskussion um die S-18 ist wie eine stehende Welle, sie bewegt sich dauernd und kommt seit 40 Jahren doch nicht vom Fleck.

Für uns Lustenauer müsste es doch möglich sein, einen Konsens darüber finden, zwar eine Verbindung zwischen den beiden Autobahnen zu errichten, aber nicht an der breitest möglichen Stelle, mit den schlechtesten Bodenverhältnissen, dem größten Eingriff in ein Naturschutzgebiet, den höchsten ökologischen Folgewirkungen, den größten rechtlichen Problemen, den höchsten Errichtungskosten, den längsten Planungsverfahren und der längsten Bauzeit, verbunden mit der um rund 10 Jahre verlängerten Belastung der Bevölkerung an Lustenaus Durchzugsstraße.

Demgegenüber wäre der kurze Übergang im Raum Mäder-Kriessern in wenigen Jahren baureif.

Zur behaupteten „wirkungsarmen“ Entlastung ist festzuhalten, dass die volle Entlastungswirkung für den internationalen Schwerverkehr – einem wesentlichen Belastungsfaktor - aufgrund der Routenbindung beim Übergang Mäder sichergestellt werden kann. Dies geben seit neuestem auch die Verkehrsplaner der Landesregierung zu.

Der übrig bleibende – d.h. der regionale PKW- und LKW-Verkehr kann allerdings nur z.T. von einer überregionalen S-18 übernommen werden.

Bregenz und Feldkirch zeigen, dass auch mächtige Umfahrungs- und Tunnelbauten den Auffülleffekt im Straßenverkehr nicht verhindern können.

Wenn wir die Umweltprobleme ernstnehmen, bleibt uns in wenigen Jahren nur die Alternative entweder umzukehren oder an die Wand zu fahren.

Angesichts der eingleisigen Diskussion und dem Schweigegebot im Landhaus sei Friedrich Schillers „Spruch des Konfuzius“ zitiert:

„Nur die Fülle führt zur Klarheit, und im Abgrund wohnt die Wahrheit“.

Hoffentlich kommt doch noch bessere Einsicht und können wir fiktiven Eröffnungsgästen des Jahres 2040 in einer gänzlich anderen Verkehrswelt die fiktive Feststellung ersparen, „es war nicht nur die falsche Frage, es war auch die falsche Antwort“.

Meine Damen und Herren !

Jedes Budget ist ein Blick in die Zukunft, aber jede Zukunft hat eben auch eine lange Vergangenheit.

In diesem Sinne danke ich Ihnen, meine Damen und Herren für Ihre Aufmerksamkeit und richte meinen Dank gleichzeitig an alle Lustenauerinnen und Lustenauer für ihren Einsatz im privaten und öffentlichen Leben und ihre Steuerleistung während des abgelaufenen Jahres.

Unser Dank gilt aber auch dem Leiter der Finanzabteilung Mag. Klaus Bösch und seinem Team für seine umfangreiche und präzise Arbeit.

Wir wünschen allen ein gutes und gesundes Neues Jahr und eine Schaffensperiode in Optimismus, mit viel Lebens- und Einsatzfreude.